



15. Sitzung des Gemeinderates (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 2. Juni 2008, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Andrea Kuhn, Ratspräsidentin
Anwesend:	37 Ratsmitglieder
Abwesend:	Max Senn (SP) Peter Schuppisser (SP) Andreas Sturzenegger (parteilos) Martin Bäumle (Stadtrat / Finanzen)
Protokoll:	Toni Spitale, Sekretär
Stimmzähler:	Jürg Zimmermann, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Patric Crivelli, SVP Stefanie Huber, Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 14. Sitzung des Gemeinderates vom 5. Mai 2008
3. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und 14 Mitunterzeichnende betreffend Lichtemissionen / Beantwortung (Gesch. Nr. 86 / 2007)
4. Interpellation Andrea Kennel (SP) betreffend Antrag Spitex / Begründung (Gesch. Nr. 160 / 2008)
5. Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Abbruch von historischen Gebäuden im Stettbach / Begründung (Gesch. Nr. 161 / 2008)
6. Einzelinitiative Peter Jann betreffend Wassersparmassnahmen / Antrag auf Ungültigkeit (Gesch. Nr. 111 / 2007)
7. Genehmigung der Kreditabrechnung für die Beschaffung der Informatikmittel an der Primarschule in der Höhe von Franken 1'092.902.05 (Gesch. Nr. 143 / 2008)
8. Kinder- und Jugendarbeit – definitive Einführung der aufsuchenden, sozialräumlichen Jugendarbeit Streetwork / Genehmigung wiederkehrender Kredit von Franken 132'000 (Gesch. Nr. 148 / 2008)



1. Mitteilungen

- Ratsausflug 2008

Die Ratspräsidentin teilt mit, dass der diesjährige Ausflug am Freitag, 19. September, ab 13 Uhr stattfindet.

- Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 7. Juli statt.

Thomas Maier (GEU) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab:

„Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der Gruppe Energie und Umwelt zu den zivilen Flügen auf dem Militärflugplatz in Dübendorf während der EURO 08. Vergangene Woche durften wir in Dübendorf wieder einmal von einem wahren Feuerwerk der Regierung zusammen mit Unique und dem BAZL in Sachen Flughafen Kloten und Militärflugplatz Kenntnis nehmen. Leider hat dieses der GEU überhaupt nicht gefallen. Auf der einen Seite werden uns im Süden zum Flughafen Kloten - vor allem bezüglich der möglichen Kapazität - einmal mehr Märchen aufgetischt und mit dem ZFI versucht, alles schön zu verschleiern. Und wie wenn das nicht schon für sich alleine genug wäre, kommt jetzt auch noch der Militärflugplatz ins Spiel – und einmal mehr wird die EURO 08 als so genannter Eisbrecher benutzt und indirekt werden Tatsachen geschaffen, die wir speziell in Dübendorf noch teuer bezahlen werden. Zuerst wurde auf Antrag von Unique und der Zürcher Regierung die Nachtflugsperrung während der EURO 08 gelockert. Und zwar nicht wie lange vorangekündigt zum Ausfliegen von Hooligans, die gar keine Airline ausfliegen will, sondern für Mannschaften, die zum Beispiel im Tessin wohnen und in Zürich spielen und für ganz normale Flüge. Warum nicht VIPs fragte man sich – bis letzte Woche. Die dürfen jetzt nämlich mit ihren Privatjets auf dem sogenannten stillgelegten Militärflugplatz Dübendorf landen und machen damit das Horrorszenario der Bevölkerung rund um den Militärflugplatz zur Realität: die Zivilliegerei. Während Jahren, ja Jahrzehnten, war klar: die Bevölkerung war bereit die Militärliegerei mit klaren Grenzen zu akzeptieren – von Montag bis Freitag zu klar definierten Zeiten. Wir alle hier drin kennen die Geschichte über die Auseinandersetzungen dieser Nutzungszeiten. Wir in Dübendorf werden aber nie bereit sein, als Ersatz Zivilliegerei auf dem Militärflugplatz zu akzeptieren. Dieser würde nämlich genau dann neu Lärm verursachen, wenn wir alle unsere wohlverdiente und hart erarbeitete Freizeit geniessen wollen. Wir möchten heute dem Stadtrat – auch mit dieser Fraktionserklärung – den Rücken stärken. Er soll weiterhin, beharrlich und mit Nachdruck den Weg gehen, den er in den letzten Jahren und Monaten eingeschlagen hat: sich in Kloten für einen Plafond, Nachtruhe, gegen Südanflüge und gegen Pistenveränderungen einsetzen und zukunftsgerichtet nach Vorne schauen beim Militärflugplatz Dübendorf. Eine Umnutzung bringt uns Standortgemeinden und unserer Region eine riesige, nachhaltige Wertschöpfung. Tatsachen sind – auch wenn sie gewissen Leuten weh tun – zu akzeptieren. Das Militär wird den Platz früher oder später aufgeben. Eine zivile Nutzung kann nur dann annähernd rentabel sein, wenn die Bewegungszahl massiv erhöht würde, die heutigen Betriebszeiten massiv ausgedehnt würden und vor allem an Wochenenden geflogen würde – für wenige, wenig nachhaltig abgesicherte Jobs zu schaffen. Damit würde aber eine Verslumung und weiteren negativen Sozialisierung Dübendorfs Vorschub geleistet. Die GEU gestaltet unsere Zukunft lieber aktiv und positiv. Die GEU wünscht vom Stadtrat eine weiterhin klar ablehnende Stellungnahme und Haltung gegenüber der Zivilliegerei sowie eine klare Kritik an diesen ersten Gelüsten und Schritten wie jetzt mit der EURO 08. Wir sind klar für Inno-



vation und nachhaltige Entwicklung – statt für ein paar Parkplätze für VIPs – mit zugegeben schönen Aussichten auf die Region Dübendorf.“

2. Protokoll der 14. Sitzung vom 5. Mai 2008

Gegen das erwähnte Protokoll sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und 14 Mitunterzeichnende betreffend Lichtemissionen / Beantwortung

Die Erstunterzeichnerin nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 26. November 2007 Stellung:

Lichtverschmutzung werde wiederholt von den Medien thematisiert, viele Leute könnten aber nicht viel mit diesem Begriff anfangen. Einfach gesagt bedeute Lichtverschmutzung: Licht zur falschen Zeit und am falschen Ort.

Kurz geht Stefanie Huber auf die Antwort des Stadtrates ein:

- Möglichkeiten zur Verminderung der Lichtverschmutzung seien darin aufgezeigt.
- Inskünftig würden keine Kugellampen (Glattufer) mehr installiert.
- Das Thema Lichtverschmutzung werde bei Baubewilligungsverfahren berücksichtigt.

Die Interpellatin fordert abschliessend den Stadtrat auf, dem Thema vermehrt Beachtung zu schenken. Weiter schlägt sie vor, nachts auf die Beleuchtung des Stadthauses von Aussen zu verzichten.

Diskussion:

Keine Diskussion. Das Geschäft Nr. 86 / 2007 ist somit erledigt.

4. Interpellation Andrea Kennel (SP) betreffend Antrag Spitex / Begründung

Andrea Kennel (SP) begründet den Vorstoss:

„Zur Geschichte des Geschäftes Spitex. Im September 2004 wurde dem Gemeinderat Antrag gestellt für die Spitex einen Verein zu gründen. Wichtig dabei war, dass mit der damaligen Regelung ein Verein Subventionen erhalten hätte. Dass dies aber mit dem NFA nicht mehr der Fall sein wird, wurde nicht so deutlich. Das Resultat: Die Vorlage erlitt Schiffbruch. Ein Jahr später wurde die „Vereinheitlichte Spitex Dübendorf“ vorgelegt, zusammen mit einem Businessplan. Liest man das Protokoll vom 5. September 2005 so sieht man, dass dieser Businessplan von allen Seiten in Frage gestellt wurde. Ein paar Zitate: Aus dem Votum der GRPK: „Die in der Weisung sowie in dem Businessplan aufgezeigten Zahlen werden jedoch stark angezweifelt.“ Ein Gemeinderatsmitglied „... bezweifelt, dass es möglich ist das Defizit von heute fast einer Million bis ins Jahr 2009 um die Hälfte zu kürzen.“ Ein Sprecher einer anderen Fraktion meint: „Trotzdem muss nochmals in aller Deutlichkeit gesagt werden, dass die Zahlen im Businessplan falsch sind.“ Wir hatten es also mit einer Vorlage zu tun, deren Zahlenmaterial unpräzise bis falsch war. So etwas scheint ja leider ab



und zu vorzukommen. Erschwerend kam dazu, dass bekannt war, dass der NFA im Bereich Spitex Änderungen verursachen wird. Aus diesen beiden Gründen wurde die stadträtliche Weisung ergänzt mit Punkt 3.: „Für den weiteren Betrieb der Spitexdienste Dübendorf ab dem Jahr 2008 ist eine neue Gesamtvorlage mit einem jährlich wiederkehrenden Rahmenbetrag dem zuständigen Organ zur Bewilligung vorzulegen.“ Auch hier zur Verdeutlichung ein Zitat aus der Sitzung: „Die GRPK wünscht für 2008 eine Vorlage die zeigt, welche Leistungen die Gemeinde mit welchen Mitteln erbringen will. Der einmalige Kredit von Franken 420'000.-- für die Spitex ist zu genehmigen, aber nur unter der Bedingung, dass auf das Jahr 2008 einer Vorlage im Sinne des GRPK-Ergänzungsantrages zugestimmt wird.“ Sozialvorstand Kurt Spillmann erklärt daraufhin, dass er keinen Blankoscheck beanspruche. Wenn die Zahlen des Businessplanes nicht einträfen, würde er für die Mehraufwendungen selbstverständlich Antrag stellen. Zudem versicherte er, dass es keinen Leistungsabbau geben werde um die gesteckten Ziele zu erreichen. Keine weiteren Wortmeldungen. Unter diesen Voraussetzungen stimmte der Gemeinderat der Vorlage zu. Nun haben wir aber seither nichts mehr von dem Businessplan und der Zielerreichung der Spitex gehört. Nicht gerade beruhigend, wird doch über Erfolg normalerweise gesprochen und höchstens ein Misserfolg versteckt. So stelle ich mir die Fragen wie weit der Beschluss des Gemeinderates Makulatur ist oder wie weit sich der Fürsorgevorstand an die klare Vorgabe des Gemeinderates hält. Vertrauen ist ja gut, doch das genügt nicht. Ehrlich gesagt vermute ich, dass die verlangte Gesamtvorlage nie erstellt und beantragt wurde. Andererseits hoffe ich aber für den Stadtrat, dass ich mit meiner Vermutung falsch liege. Lassen wir uns von der Antwort überraschen.“

Das Geschäft Nr. 160 / 2008 ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

5. Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Abbruch von historischen Gebäuden im Stettbach / Begründung

Patrick Angele (JUSO / SP) begründet anhand einer PowerPoint-Präsentation den Vorstoss:

„Sie wundern sich vielleicht, dass sich ein Jungsozialist statt beispielsweise mit Skater-Pärken mit alten Bauernhäusern auseinandersetzt. Doch ich bin überzeugt, dass es keine Frage der Parteizugehörigkeit ist und ich bin auch überzeugt, dass ich hier für einmal keine Minderheitsposition vertreten darf. Das Wort Skandal wird viel zu oft in den Mund genommen. Doch was sich im Stettbach abspielt, ist ein Skandal. Und zwar ein grosser. Worum geht es? Es geht um zwei alte, schützenswerte Bauernhäuser im Weiler Stettbach, die aus dem 16. oder 17. Jahrhundert stammen und das Ortsbild von Stettbach massgeblich prägen. Sie waren beide bis vor kurzem noch im kommunalen Inventar für schützenswerte Kulturobjekte erfasst. Das eine wurde bereits, das steht jetzt schon fest, entgegen der Baubewilligung – also illegal – abgebrochen. Das andere steht zum Glück noch, ist aber auch abbruchgefährdet. Aber alles der Reihe nach: Beim schon erfolgten Abbruch handelt es sich um eines der ältesten Häuser in Dübendorf. Es war vor dem Abbruch in sehr gutem Zustand. Die Bewilligung für den Umbau umfasste eine Erneuerung des Daches sowie Innenausbauten. Hier auf dem Situationsplan ist ansatzweise zu erkennen, welche Mauern hätten erhalten bleiben sollen. Eine sanfte Renovation also. Die Bauherrschaft hat aber nun das ganze Haus zerstört und im Innern völlig ausgehöhlt. Ein Kachelofen aus dem 17. Jahrhundert, laut Baubewilligung als erhaltend betrachtet, wurde ebenfalls mit dem Bagger zerstört. Die Wände wurden mit Presslufthammern geschwächt. Das Bild hier zeigt das total ausgehöhlte Haus ohne Kachelofen, Wände und Stützmauern. Der völlige Abbruch des Hauses zeugt von unwissenden Architekten und Bauherren. Doch auch die Behörden scheinen nicht gemerkt zu haben oder wollten nicht merken, dass der Abbruch vermutlich von langer Hand her geplant war. So ist auf der Illustration des Umbaus zu sehen, dass es im ersten Stock nun neu sieben statt sechs Fenster hat. Unmöglich zu realisieren, ohne die ganze Wand einzureissen. Auf



dem nächsten Bild sieht man viele Ziegelsteine die jetzt noch vor dem Haus stehen. Sie standen schon zu einem Zeitpunkt dort, als nur die Dachrenovation anstand. Die Ziegel waren zum Zeitpunkt also unnütz. Ich werte dies als ein weiteres Indiz für einen geplanten Abbruch. Erst sehr spät, viel zu spät, hat der Stadtrat auf grossen Druck aus der Bevölkerung einen Baustopp verhängt, um die Situation zu eruieren. Im Moment laufen mindestens drei Rekurse gegen die Entscheide des Stadtrates - zum einen gegen den Entscheid des Stadtrates den Abbruch dieses Hauses nachträglich zu bewilligen und zum anderen gegen den geplanten und schon bewilligten Abbruch des anderen Bauernhauses. Die Bewilligung für die Abbrüche wird der Stadtrat also nicht nur hier im Rat, sondern auch vor der Baurekurskommission oder allenfalls sogar vor Gericht verantworten müssen. Aufgrund der offenkundigen Missstände habe ich meine Interpellation eingereicht und fordere eine rasche und umfassende Antwort des Stadtrates.

Zu den Fragen im Details:

1. Das schützenswerte ehemalige Bauernhaus Böszelgstrasse 1 in Stettbach wurde entgegen der Baubewilligung zu einem grossen Teil abgebrochen. Weshalb haben die Behörden dem mehre Wochen andauernden, widerrechtlichen Abbruch tatenlos zugesehen?
2. Es ist kein Geheimnis, dass viele Bauherren die alten, auch historisch wertvollen Häuser lieber abreißen und Neubauten erstellen, als sie zu renovieren. Daher ist es wichtig, die Bauvorhaben an schützenswerten Objekten besonders zu kontrollieren. Wird dies gemacht? Wenn ja, wer ist für die Kontrolle verantwortlich?
3. Das Bauernhaus an der Böszelgstrasse 1 (Vers. Nr. 198 ist im Inventar der schützenswerten Kulturobjekte der Stadt Dübendorf aufgelistet (Nr. 606). Obwohl nun der grösste Teil des Hauses zerstört ist, hat die Stadt Dübendorf weitere Abbrüche und den Neubau bewilligt, ohne eine Schutzverfügung zu erlassen oder das Haus aus dem Inventar zu streichen. Dies wäre jedoch Voraussetzung für weitere Bauentscheide gewesen. Weshalb wurde für den Schutz des alten Bauernhauses nichts unternommen?
4. Gemäss dem Planungs- und Baugesetz (PBG § 340) werden vorsätzliche Verstösse gegen ausführende Verfügungen mit Busse bis zu Franken 50'000.— bestraft. Wird der Stadtrat von Dübendorf gegen die Bauherrschaft wegen dem widerrechtlichen Abbruch strafrechtliche Schritte einleiten? Wenn nein, weshalb nicht?
5. Der erfolgte Abbruch des Bauernhauses an der Böszelgstrasse 1 und der geplante Abbruch an der Stettbachstrasse zerstören das historische Ortsbild am Dorfplatz von Stettbach. Ist das im Sinne des Stadtrates? Verfolgt der Stadtrat zum Schutz des Ortsbildes eine Strategie?

Und jetzt sage ich Ihnen, wo ich den Skandal sehe. Natürlich, der erfolgte Abbruch ist für den Architekten, den Bauherren, die Baufirma und die Behörden eine grosse Schande und zeugt von unverzeihlicher Gleichgültigkeit gegenüber dem historischen Erbe. Doch, dass der Mann, der die Baubewilligungen unterschrieben hat und somit am besten wissen sollte, was rechtens ist und was nicht, täglich daran vorbeifährt und tatenlos zusieht bei der Zerstörung, dass ist ein Skandal. Ich fordere vom zuständigen Hochbauvorstand eine rasche und umfassende Beantwortung meiner Interpellation. Ich danke Ihnen bereits jetzt dafür.“

Das Geschäft Nr. 161 / 2008 ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.



6. Einzelinitiative Peter Jann betreffend Wassersparmassnahmen / Antrag auf Ungültigkeit

Ratspräsidentin Andrea Kuhn legt kurz den Sachverhalt dar:

An der Sitzung vom 5. November 2007 hat der Gemeinderat die erwähnte Einzelinitiative vorläufig unterstützt und zur Vorprüfung der Rechtmässigkeit dem Stadtrat überwiesen. In seiner Antwort vom 23. April 2008 hält der Stadtrat fest:

- a) die Einzelinitiative Peter Jann betrifft keinen Gegenstand welcher der Sache nach dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht (§ 96 Ziff. 1 GG).
- b) dem Gemeinderat wird beantragt, die Einzelinitiative für ungültig zu erklären.

Das Büro des Gemeinderates hat sich an seiner Sitzung vom 13. Mai 2008 mit diesem Geschäft befasst und unterstützt einstimmig den Antrag des Stadtrates auf Ungültigkeitserklärung.

Diskussion:

Daniel Brühwiler (GEU) verlangt das Wort:

Dass die Einzelinitiative für ungültig erklärt werde, sei für die GEU schon bei der vorläufigen Unterstützung klar gewesen. Die GEU werde auch heute dem Antrag des Stadtrates Folge leisten. Die GEU wollte wissen, wie der Stadtrat mit dem Thema Wassersparmassnahmen umgehe. Erfreut sei die GEU über die neue Bewässerungsanlage im Friedhof. Mühe bekunde die GEU hingegen mit der Tatsache, dass die Durchflussregler in der Antwort des Stadtrates „schlecht gemacht“ würden, erklärt Brühwiler. Die GEU wünscht, dass sich der Stadtrat zu diesem Thema – in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe und / oder Wasserversorgung – nochmals Gedanken macht.

Pia Etter (SP) betont, dass der sorgfältige Umgang mit Wasser für die SP-/JUSO-Fraktion sehr wichtig sei. Demzufolge bittet sie den Stadtrat, die in der Einzelinitiative vorgeschlagenen Ideen nochmals aufzunehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Antrag Stadtrat / Büro Gemeinderat:	33 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / Büro Gemeinderat:	0 Stimmen

Die Einzelinitiative Peter Jann ist somit ungültig und das Geschäft Nr. 111 / 2007 erledigt.



7. Genehmigung der Kreditabrechnung für die Beschaffung der Informatikmittel an der Primarschule

GRPK-Mitglied Stephan Schneider (CVP) stellt das Geschäft anhand einer PowerPoint-Präsentation vor:

Zur Ausgangslage:

- 10.01.1998: Auftrag an eine Projektgruppe, ein Projekt zur Einführung der Informatik an der Primarschule zu erstellen.
- 13.11.2002: Primarschule verabschiedet Projekt mit Kosten von 2,047 Millionen Franken.
- 01.07.2002: Ablehnung des Projekts durch den Gemeinderat – Auftrag an Primarschulpflege, ein reduziertes Projekt vorzulegen (Einführung Informatik an der Mittelstufe).
- 30.09.2002: Gemeinderat genehmigt überarbeitetes Projekt mit Kosten von 1,545 Millionen Franken.
- 24.11.2002: Volksabstimmung; 68% Ja-Stimmenanteil – Vorlage angenommen.

Getroffene Abklärungen der Unterkommission:

Zusammenstellung eines Fragekatalogs / Einforderung zusätzlicher Unterlagen / stichprobenartige Prüfung der Belege. Unter anderem galt es, folgende Fragen zu beantworten:

- Warum die späte Verabschiedung des Antrages?
- Nach welchem Verfahren erfolgte die Wahl des Providers?
- Stimmt Anschaffung Hardware mit GR-Beschluss vom 30.09.2002 überein?

Es wurden alle Fragen kompetent und transparent beantwortet.

Gesamtbeurteilung des Antrages:

- Der Verzug der Abrechnung wurde mit der Garantiezeit begründet.
- Das Projekt erlitt durch die Submissionsbeschwerde an das Verwaltungsgericht eine Verzögerung. Das Verwaltungsgericht hat mit Urteil vom 20.07.2004 die Vergabe aber geschützt.
- Die Umsetzung der Option (Client / Server-Lösung) im Verlauf des Projekts war sachgerecht.
- Für die Wahl des Providers wurde keine Submission vorgenommen. Das Angebot der Glattwerk AG war umfassend und wohl aus finanzieller Sicht kaum schlagbar durch einen Dritten.
- Die Glattwerk AG ist primär für den Kinder- und Jugendschutz im Bereich Internet verantwortlich. Die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen wurden mit der Primarschule abgesprochen. Ruedi Walder versicherte, dass im Rahmen des Möglichen der Kinder- und Jugendschutz sichergestellt sei.
- Die UK konnte sich davon überzeugen, dass die wiederkehrenden Kosten im Rahmen der damaligen Schätzung liegt.
- Durch die Verzögerung des Projekts konnte man von den sinkenden Hardware-Preisen profitieren (Minderkosten von rund 390'000.--).
- Die Abweichungsbegründungen konnten nachvollzogen werden.



- Die Weiterbildung bezog sich schwerpunktmässig auf das Handling der neuen Plattform. Die Integration der Informatik in den Schulalltag ist nach wie vor freiwillig. Die Schulung erfolgte grösstenteils durch interne Schulung.
- Die GRPK möchte die Anregung geben, bei der Überarbeitung des Informatikkonzeptes aus den Jahren 2001 / 2002 der IT-Sicherheitspolitik verstärkte Beachtung zu schenken.

Antrag der GRPK:

Wir beantragen dem Gemeinderat, die Kreditabrechnung für die Beschaffung der Informatikmittel an der Primarschule zu genehmigen.

Diskussion:

Bildungsvorständin Edith Jöhr dankt der UK für die hervorragende Präsentation und verspricht, die darin gemachten Anregungen den entsprechenden Stellen weiterzuleiten.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Mit 36 zu 0 Stimmen wird die Kreditabrechnung Informatikmittel genehmigt.

8. Kinder- und Jugendarbeit – definitive Einführung der aufsuchenden, sozialräumlichen Jugendarbeit / Streetwork / Genehmigung wiederkehrender Kredit von 132'000.—

GRPK-Mitglied Gaby Gossweiler (FDP) stellt das Geschäft vor:

„Da aus verschiedenen Stellen wie Jugendkommission, Gemeinderat, Stadtrat und Bevölkerung immer wieder Anfragen bezüglich der Abdeckung der „aufsuchenden Jugendarbeit“ in Dübendorf eingegangen sind, hat die Jugendkommission nach einer entsprechenden einjährigen Bedarfsabklärung aufgezeigt, dass und in welcher Form eine diesbezügliche Jugendarbeit in Dübendorf erwünscht und notwendig ist. Mit Beschluss vom 4. September 2003 hat der Stadtrat einer für drei Jahre befristete Stellenplanerhöhung für die Kinder- und Jugendarbeit in Dübendorf mit Schwerpunkt Gassenarbeit zugestimmt mit der Auflage, im Anschluss einen fundierten Abschlussbericht über die Pilotphase vorzulegen. In einem zweiten Anlauf konnte der Pilotversuch im Mai 2005 gestartet werden und im Dezember 2007 wurde dem Stadtrat die Auswertung der dreijährigen Versuchsphase vorgelegt. Der Stadtrat ist dem Vorschlag der Jugendkommission um definitive Einführung der Jugendgassenarbeit mit gleichzeitiger Erhöhung des Stellenplans auf 120% gefolgt und hat den nun vorliegenden Antrag ausgearbeitet. Der vorliegende Antrag gibt klar Auskunft über die getroffenen Abklärungen und legt sauber dar, weshalb die Stellenplanerhöhung erfolgen sollte. Nachzutragen ist, dass Antonella Giro, die während 13 Jahren hervorragende Aufbauarbeit im KJAD geleistet hat, sich einer neuen Aufgabe in der Stadt Dübendorf zuwendet und dass die bisherige Streetworkerin Claudia Meier unabhängig von diesem Entscheid sich einer neuen Aufgabe zuwendet. Der bisherige Stellvertreter von Antonella Giro, Stephan Ritz, wird die Leitung der KJAD übernehmen. Er steht voll und ganz hinter dem Projekt „Jugendgassenarbeit“ und erhält mit dem Weggang von Claudia Meier die Chance, neue Mitarbeitende für die Gassenarbeit zu aufzubauen. Die Aktenaufgabe ist übersichtlich, gut dotiert und enthält alle im Antrag erwähnten Unterlagen. Der vorliegende „Abschlussbericht mobile Kinder- und Jugend-



arbeit“ ist professionell aufbereitet und originell gestaltet. Die gesamte Pilotphase ist hervorragend dokumentiert und gibt Aufschluss über die geleistete Arbeit. Die von der UK gestellten Fragen sind speditiv und umfassend beantwortet worden. Die vorliegende Berichterstattung des KJAD zeigt auf, dass sich die Jugendgassenarbeit als erfolgreiches Instrument erwiesen hat, es konnte Einfluss genommen werden auf das Freizeitverhalten der Jugendlichen und es konnten sich bildende Szenen kontrolliert werden. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Jugendgassenarbeit mit einer 60%-Stelle unterdotiert ist. Es wäre sinnvoll, diese Stelle auf 120% auszuweiten und dafür zu sorgen, dass je ein männlicher und weiblicher Jugendgassenarbeiter eingestellt werden, damit die geschlechtsspezifischen Anliegen der Jugendlichen besser angegangen werden können. Bei Jugendgassenarbeits-einsätzen in gereiztem Klima ist aus Sicherheitsgründen und zum Schutz der Streetworker eine Doppelpatrouille, analog der Polizei, angebracht. Im Quervergleich mit anderen Städten sind die beantragten 120-Stellenprozente angemessen und nicht überrissen. Aus Sicht der GRPK ist die beantragte Stellenerhöhung und die definitive Einführung der Jugendgassenarbeit notwendig, um die bestehenden sozialräumlichen Projekte von Streetwork zu erhalten und den Bedürfnissen entsprechend unter Einbezug der Bevölkerung zu erweitern. Folgeprojekte, die nachhaltiger und wirksamer sind, können so angegangen werden. Auf Nachfrage wurde der GRPK bestätigt, dass Selbsteinweisungen und / oder Überweisungen an Institutionen wie „Schlupfhuus“ oder ähnliche seit der aufsuchenden Jugendgassenarbeit nicht zugenommen haben. Dies zeigt die qualitativ hoch stehende Arbeit der Jugendgassenarbeit auf, konnten doch in den letzten drei Jahren durch die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit und der Stadtpolizei gewisse Fälle schon früh thematisiert werden, so dass die Jugendlichen bei Auffälligkeiten direkt zu Beratungsgesprächen eingeladen werden konnten. Da-durch konnten Folgekosten für weitergehende Massnahmen wie Platzierungen vermieden werden. Das vorliegende Geschäft entspricht dem Legislaturprogramm 2006-2010 des Stadtrates und erfüllt die Zielvorgabe „Der Kinder- und Jugendarbeit kommt ein hoher Stellenwert zu“. Eine Ablehnung des Antrages würde eine jahrelange Aufbauarbeit der vorbildlichen Kinder- und Jugendarbeit in Dübendorf gefährden. Wertvolle Verbindungen zu Jugendlichen gingen verloren, ein Verlust der Vermittlerrolle bei Problemstellungen wäre die Folge. Ohne die wertvolle Institution „Jugendgassenarbeit“ wäre eine erneute Zunahme der Szenenbildung mit vermehrter Nachtruhestörung und stärkerer Zunahme des Vandalismus zu befürchten. Die jährlich wiederkehrenden Kosten in der Höhe von Franken 132'000.-- für 120 Stellenprozente sind angemessen, sie sind nachvollziehbar und eine gute Investition in unsere Jugend und in unsere Stadt. Die GRPK empfiehlt das vorliegende Geschäft einstimmig zur Annahme und bittet den Gemeinderat, diesem Antrag zu folgen.“

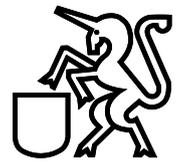
Diskussion:

Bildungsvorständin Edith Jöhr dankt Gaby Gossweiler für die Präsentation. Die mobile Kinder- und Jugendarbeit leiste einen wichtigen Beitrag zur Prävention.

Valeria Rampone (GEU) verlangt das Wort:

Kinder- und Jugendarbeit sei ein wichtiges Thema. Mann höre meistens nur dann davon, wenn es Probleme gebe. Die Jugendlichen würden die Präsenz durch Erwachsene begrüßen. Es sei die Aufgabe der Stadt, entsprechende Stelle zu schaffen. In den letzten Jahren sei das Budget für die Kinder- und Jugendarbeit immer wieder aufgestockt worden – Aufstockungen, welche die GEU jeweils mitgetragen habe. Auch die vorliegende Vorlage werde durch die GEU unterstützt. Es handle sich dabei um sehr gut investiertes Geld.

Patrick Angele (JUSO / SP) erklärt, dass er im vergangenen Sommer die Streetwork-Mitarbeiterin Claudia Meier während eines abendlichen Einsatzes begleiten konnte. Es sei ein eindrückliches Erlebnis gewesen. Die Tätigkeit von Streetwork wertet Angele als „sehr wertvoll.“ Positiv erstaunt habe



ihn, wie es der Streetwork gelinge, ein grosses Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen aufzubauen. Streetwork hole Jugendliche ab, die nicht im Fussballclub oder in der Pfadi seien. Mehrheitlich kämen sie aus Familien der unteren sozialen Schichten. Auch die SP-/JUSO-Fraktion beantragt dem Gemeinderat, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Mit 31 zu 0 Stimmen wird der wiederkehrende Kredit für Jugendarbeit / Streetwork genehmigt.

Einwände

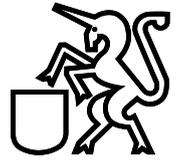
Keine Einwände.

Schluss der Sitzung: 19.55 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär:

T. Spitale



Eingesehen und für richtig befunden

Andrea Kuhn, Ratspräsidentin:

Patric Crivelli, Stimmenzähler:

Jürg Zimmermann, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin